



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Diätenfrage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Diätenfrage.



achdem er jahrelang geruht, ist der früher bereits siebenmal verhandelte Antrag, den Reichstagsmitgliedern Tagegelder zu bezahlen, jetzt von der Fortschrittspartei — mit diesem alten Namen benennen wir wohl am besten die Partei, welche sich heute die „deutsch=freisinnige“ nennt — wieder neu eingebracht worden. Die Verhandlung, welche vonseiten der Antragsteller nur Längstbekanntes gebracht hat, würde kaum noch Interesse erweckt haben, wenn nicht der Reichskanzler lebendig in dieselbe eingegriffen und eine Fülle geistreicher Bemerkungen eingestreut hätte. Für die Frage, ob die Diätenlosigkeit der Reichstagsmitglieder den Bestand des Reichstages wirklich benachteilige, bieten sich zwei Anhaltspunkte der Beurteilung dar, die Geschichte des Reichstages selbst und die Vergleichung desselben mit dem preußischen Abgeordnetenhaufe.

Niemand wird leugnen, daß der Reichstag in den ersten Jahren seines Bestandes eine glänzende Versammlung geistiger Potenzen war. Es giebt kaum ein Gebiet deutschen Geistes, welches nicht in hervorragender Weise in ihm vertreten gewesen wäre. Und doch hat niemals verlautet, daß damals schon künstliche Mittel angewendet worden seien, um einzelnen Mitgliedern die Diätenlosigkeit minder fühlbar zu machen. Gegenwärtig sind die meisten, welche damals die Räume des Reichstages füllten, nicht mehr vorhanden. Sie sind tot, gealtert oder aus sonstigen Gründen ausgeschieden. Die jüngste Wahl allein hat dem Reichstage einhundertfünfzig neue Mitglieder gebracht. Wir sind ja weit entfernt, abzusprechen zu wollen über die geistige Bedeutung des gegenwärtigen Reichstagsbestandes. Niemand kann sagen, welche parlamentarische Begabung in den neu hinzugekommenen Mitgliedern vertreten sein wird. Aber unzweifelhaft scheint es uns, daß das deutsche Volk nicht mehr so hoch zu seinem Reichstage hinaufschaut wie früher. Der nächste Grund liegt in der Art der Verhandlungen. Früher waren diese vorwiegend sachlicher Natur, und wenn auch hie und da persönliche Reibungen vorkamen, so wurden dieselben doch mit einer Zurückhaltung und Feinheit geübt, welche dem hohen Bildungsstande des Reichstages Ehre machte. Heute erfüllt persönliches Gezänk einen wesentlichen Teil der Reichstagsverhandlungen. Fast jeder Redner glaubt seine Rede damit beginnen zu müssen, daß er erst alles ausschüttet, was er wider seine Gegner auf dem Herzen hat. Und diese Verhandlungen werden mit einer Bitterkeit geführt, daß man oft zweifeln möchte, ob man sich noch in gebildeter Gesellschaft befinde.

Wenn auch ein Teil unsers Volkes an diesem Wesen Gefallen haben mag, so fühlt man doch im allgemeinen durch, daß dies nicht die rechte Art sei, öffentliche Geschäfte zu betreiben. Wir stimmen Herrn von Stauffenberg ganz bei, wenn er in seiner jüngsten Rede sagte, daß die gedeihliche Entwicklung des Reiches nicht allein auf dem Ansehen der Fürsten, sondern zugleich auf dem Ansehen des deutschen Parlamentes beruhe. Aber wie kann wohl in unserm Volke das Ansehen dieses Parlamentes bewahrt bleiben, wenn alltäglich dessen Mitglieder sich gegenseitig so schlecht machen wie möglich? Diese persönliche Gehässigkeit wirkt aber auch auf die Sache selbst. Niemand kann sich des Eindruckes erwehren, daß hervorragende Mitglieder, ja ganze Parteien in ihren Reden und Abstimmungen mehr durch Parteitaktik, als durch das Interesse der Sache sich bestimmen lassen. Nach dem kurzen Aufschwung patriotischer Begeisterung, der den Kriegen von 1866 und 1870 gefolgt war, ist die deutsche Nation wieder in ihren alten Parteihader verfallen, der die Früchte ihrer Einigung ihr zu rauben droht. In diesem Parteihader nützen die besten Kräfte sich ab. Neue hervorragende Männer sind im Laufe der letzten Jahre aus diesen parlamentarischen Kämpfen kaum hervorgegangen. Aber auch die alten sind nicht dieselben geblieben. Männer wie Stauffenberg, Rickert, Bamberger sind andre geworden, sei es, daß sie wirklich einer inneren Umwandlung unterlegen, oder daß sie nur eine andre Seite ihres Wesens, die man früher nicht ahnte, herausgekehrt haben.

Diese Zerfahrenheit der Vertreter der Nation spiegelt sich auch in dieser selbst ab. Die jüngsten Wahlen gaben ein trauriges Bild davon. Wie anders waren die Wahlen noch vor zehn Jahren. Es gab Wahlkreise genug, welche ihren Vertreter wählten, weil sie ihn längst als vertrauenswürdigen Mann kannten, ohne von ihm zu verlangen, daß er erst versicherte, er werde sich auch gut betragen. Auch war die Sucht der Parteien, sich gegenseitig die Wahlkreise abzujagen, noch nicht entfernt so entwickelt wie jetzt. Heute giebt es kaum eine Wahl, welche nicht mit so und soviel Wahlreden erkauft werden müßte. Von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf zieht der Kandidat, überall händeschüttelnd und seine Rede ableiernd. Und wo heute der eine geredet hat, redet morgen der andre und übermorgen der dritte. Wie geht es in diesen Wahlversammlungen her! Glücklicherweise, wenn sich die Anfechtung des Kandidaten auf einige in in rohem Tone vorgebrachte Interpellationen beschränkt und nicht die Wut der Gegenparteien in lauten Skandal ausbricht. Früher ließ jeder Kandidat sich genügen, seine eignen Grundsätze und Anschauungen zu entwickeln, und überließ die Vergleichung derselben mit denen seiner Gegner den Zuhörern. Jetzt wird aber auch der Gegner hereingezogen und möglichst heruntergerissen. Kein Mittel der Verführungskunst bleibt unversucht. Dieses gegenseitige Schlechtmachen beherrscht dann auch die ganze Wahlkampagne, welche gleichzeitig in der Presse sich abspielt. Zu alledem kam dann noch am Schlusse der Wahlen vielerorten

die Not der Stichwahlen, welche einen Teil der Wähler in eine wahrhaft verzweifelte Lage brachten und zu dem häßlichsten politischen Traffick Veranlassung gaben. Aus einem solchen Getriebe niedrigster Art ist der gegenwärtige Reichstag hervorgegangen.

Inmitten dieser Verhältnisse hat es gleichwohl an Kandidaten für den Reichstag nicht gefehlt. In manchen Orten sind vier oder fünf aufgetreten. Sie überboten sich im Eifer für die Sache. Aber freilich sind die Kandidaten oft von der Art gewesen, daß man sich fragen mußte, ob denn das deutsche Volk keine bessern Männer habe, um sie als seine Vertreter zu entsenden? Da tritt nun die Frage uns entgegen: Ist es denn wirklich vielleicht die Diätenlosigkeit, was die bessern Männer von der Kandidatur für den Reichstag abhält? Einige Parteien haben diese Diätenlosigkeit schon zu überwinden gewußt. Die Sozialisten und Fortschrittler besitzen Fonds, welche auch die minder Bemittelten ihrer Partei in den Stand setzen, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Sie können also am wenigsten sagen, daß sie noch bessere Männer im Rückhalt hätten, wenn nur Diäten gezahlt würden. Von den übrigen Parteien ist dergleichen nicht bekannt. In Anbetracht aber, daß ohne Zweifel der allgemeine Wohlstand in Deutschland seit 1867 wesentlich zugenommen hat, wäre es in der That wunderbar, wenn nicht auch jetzt noch in diesen Parteien patriotische und tüchtige Männer sich finden sollten, für welche der Mangel an Diäten kein Hindernis abgäbe, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Weit mehr als in diesem Mangel sehen wir den Grund eines Verfalles des Reichstags in den oben geschilderten Verhältnissen. Man kann ja die Seelenstärke derjenigen bewundern, welche den Mut haben, sich in den Strudel eines modernen Wahlkampfes zu stürzen, bis zu einem Plaze im Reichstage sich durchzuringen und auch dort zu Kampf und Streit aller Art bereit zu sein. Aber jedermanns Sache ist das nicht. Es giebt seiner organisirte Naturen, welchen die Berührung mit der Gemeinheit so widersteht, daß sie sich um keinen Preis in dieses moderne Getriebe hineinstürzen möchten. Gerade solche Männer aber würden, wenn sie im Reichstage säßen, dem öffentlichen Wohl am förderlichsten sein. Blicken wir zurück auf die Männer, die in den ersten Jahren die Bänke des Reichstages füllten, so glauben wir unter ihnen viele zu erkennen, die, wenn sie auch damals ein Mandat bereitwillig übernahmen, heute doch vor diesem Getriebe zurückschrecken würden. Sollte nun wohl hieran sich etwas ändern, wenn den Reichstagsmitgliedern Diäten bewilligt würden? Sicherlich nicht! Gerade für Männer derjenigen Art, welche wir heute im Reichstage schmerzlich vermissen, würde die Bewilligung von Diäten keinen entscheidenden Grund bilden, um ihnen ein Mandat annehmbarer zu machen. Im übrigen aber würde die Zahlung von Diäten in die jetzt schon so erbitterten Wahlkämpfe nur ein neues Moment hineinbringen, welches diese Kämpfe keinesfalls veredeln würde.

Zu einer Beurteilung der Diätenfrage kann auch die Vergleichung des Reichstages mit dem preußischen Abgeordnetenhause dienen. Die preußischen Abgeordneten erhalten täglich fünfzehn Mark Diäten. Hat nun diese Diätenzahlung dem Abgeordnetenhause im Vergleich mit dem Reichstage ein wesentliches Plus an intelligenten Kräften zugebracht? Wir wüßten nicht. Die hervorragenden Größen des Abgeordnetenhauses sind fast durchweg auch im Reichstage vorhanden. Was aber die große Masse der minder bedeutenden Mitglieder betrifft, so wird auch in Ansehung dieser niemand behaupten wollen, daß unter denen des Abgeordnetenhauses mehr Einsicht vertreten sei, als unter denen des Reichstages. Die Verschiedenheit in der Physiognomie beider Körperschaften hat ihren Grund theils in der Verschiedenheit der Wahlsysteme, theils in dem Umstande, daß die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses relativ doppelt so groß ist als die der Reichstagsmitglieder. Aber auch wenn man die bessere Hälfte des Abgeordnetenhauses oben abschöpfen wollte, so würde doch darin schwerlich eine größere Summe von politischer Bildung zu finden sein, als bisher im Reichstage vertreten gewesen ist.

Als zuerst das allgemeine Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für den deutschen Reichstag eingeführt wurde, haben viele denkende Politiker, und zwar auch durchaus freisinnige Männer, dieser Institution nicht ohne dringende Besorgnisse entgegengesehen. Die Erfahrung des ersten Jahrzehntes schien diese Besorgnis als unbegründet auszuweisen. Die neuesten Wahlkämpfe haben sie aber bei vielen wieder wachgerufen. Gleichwohl wird niemand daran denken, solange die Dinge in formaler Ordnung sich bewegen, an jener Institution etwas zu ändern. Daß man aber in dieses Wahlgetriebe, nach dem Charakter, den es heute angenommen hat, noch ein Moment hineinwerfen soll, welches nur geeignet sein würde, den Eifer der Bestrebungen und die Hitze der Kämpfe noch stärker anzufachen, das kann billigerweise nicht verlangt werden.



Aus der Diplomatenschule.

3.



eder Souverän ist befugt, einen diplomatischen Auftrag auch mehreren Gesandten zugleich zu übertragen, doch geschieht dies seit geraumer Zeit niemals bei ständigen Missionen, sondern nur bei außerordentlichen und zeitweiligen, z. B. bei Kongressen und Friedensverhandlungen, sowie bei diplomatischen Sendungen mit zeremoniellem Zweck, denen besondere Wichtigkeit beigelegt sein soll. Früher, wo